

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum zweiten Mal in diesem Jahr beraten wir heute über den Haushalt des Kreises.

Während der Haushaltsentwurf noch bei der Einbringung im Oktober dem Blick in „eine Glaskugel“ glich –wie Herr Heinen es beschrieben hat- so sind inzwischen Ergebnisverbesserungen eingetreten.

Um es mit Wilhelm Busch zu sagen: „Stets findet Überraschung statt, da wo man`s nicht erwartet hat“.

Trotzdem können im Kreis Minden-Lübbecke nicht alle Städte und Gemeinden ihren Haushalt ausgleichen. Ursache dafür ist die Unterfinanzierung der Kommunen in NRW. Um die Städte und Gemeinden zu stärken, braucht es eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW mindestens auf 28%. Das hat auch der Kreisverband der CDU hier vor Ort gefordert.

Gute 2 Milliarden € sollen die Kommunen als Konsolidierungsbeitrag binnen zehn Jahren aufbringen. Bisher fehlt jeder Nachweis der Landesregierung, dass eine realistische Chance für die Kommunen besteht, dieses Ziel zu erreichen. Der erzwungene Kürzungsdruck ist weder für die Bürger noch für die Beschäftigten zumutbar.

Nach wie vor steigen die Soziallasten auch im Kreis Minden-Lübbecke – Sie haben es alle genannt-, während das Land seinen Haushalt über Mehrbelastungen bei den Kommunen konsolidiert und die Konnexitätsregeln nicht beachtet.

Anfang März legte die Landesregierung einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Stärkungspaktgesetzes vor. Personalabbau und Standardsenkungen werden am Häufigsten als Konsolidierungsmaßnahmen gewählt. Insgesamt wurden ca. 4200 Haushaltssanierungsmaßnahmen in den betroffenen Kommunen beschlossen. Dass die Beschäftigten einen erheblichen Teil der Kürzungsmaßnahmen zu tragen haben, kann nicht bestritten werden. Das ist auch in unserer Kreisverwaltung so.

In den Haushaltsjahren 2011-2014 beträgt allein die Minderung im Personalaufwand durch Stellenabbau und Besetzungssperre im Konsolidierungsergebnis 3,94 Mio. €. Und das obwohl der Kreis keiner Haushaltssicherung unterliegt.

Für 2013 hat die Linke bereits deswegen den Stellenplan abgelehnt. Für 2014 ist ein Aufbau der Stellen zur Erfüllung neuer Aufgaben im geplant. Mit den tatsächlich besetzten Stellen lag man aber mit 41,6 Stellen bzw. 49 Stellen laut Personalrat unter dem Plan für 2013.

Wie im letzten Jahr kritisiert die Linke die Folgen daraus: Überlastungen, Standardabsenkungen, verlangsamte Bearbeitung der Aufgaben und damit Einnahmeverluste.

Im Personalausschuss wurde intensiv über diese Themen diskutiert. Dieses Engagement wünsche ich mir auch für die Patientinnen und Patienten in unserem Kreis und die Beschäftigten der Mühlenkreiskliniken. Inzwischen ist es schon zu einer kleinen Tradition geworden, dass ich mich an dieser Stelle den MKK zuwende. Mit dem Kreis Minden-Lübbecke als wichtigem Gesundheitsstandort hat das Thema Gesundheitspolitik auch hier vor Ort einen großen Stellenwert, da sehen Sie sicher genauso. Mit dem Angebot von Spitzenmedizin vor Ort hat der Kreis mit den MKK einen wichtigen Standortfaktor zu verbuchen.

Außer von Frau Schmelzer und mir hörten Sie bisher keinen Beitrag der übrigen Gruppen und Fraktionen zur Gesundheitspolitik vor Ort und über die Mühlenkreiskliniken. Auch kann ich mich an keinen Bericht des Verwaltungsrats im Jahr 2013 zum Sachstand erinnern.

Dabei handelt es sich nun mal um die größte Tochter des Kreises.

Wieder trifft es das Krankenhaus Bad Oeynhausen: die Schließung der Küche war sogar im Stadtrat ein Thema. Erneut verwehrt sich auch der Bad Oeynhausener Stadtrat einstimmig gegen die geplante Privatisierung der Telefonzentrale. Hier qualifizierte Kolleginnen durch möglicherweise einen Wachdienst ersetzen zu wollen, wobei die Einsparungen dabei nicht wirklich erklärbar sind, ist skandalös. Die Meinung des Rates der zweitgrößten Stadt im Kreis wird ignoriert.

Mit 1800 Unterschriften an den Landrat haben sich die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit den Beschäftigten solidarisch gegen die Privatisierung erklärt.

Natürlich sind auch die kommunalen Krankenhäuser dem Prinzip der wirtschaftlichen Betriebsführung verpflichtet und müssen positive Betriebsergebnisse erzielen.

Die MKK haben einen Gewinn vor Steuern von 17,9 Millionen € erzielt, entsprechend einer EBITDA-Marge von 6%. Der Schweregrad der Behandlungsbedürftigkeit der Patienten steigt an. Das konnte man dem „Einblick“ entnehmen. Die Erlössituation wird verbessert. Doch um welchen Preis? Im Jahresabschluss wird berichtet, dass die Arbeitsverdichtung eine Folge der Optimierung von Versorgungsprozessen ist. Offiziell negieren das aber die Mühlenkreiskliniken.

Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, wenn eine Pflegekraft im Nachtdienst 30 schwerkranke Patienten betreuen muss?

Und was es heißt, zu wissen an vielen Stellen gleichzeitig gebraucht zu werden, aber man sich nicht zerteilen kann?

Wissen Sie, was es für die Patienten bedeutet, lange warten zu müssen, obwohl man ein dringendes Bedürfnis hat oder akut medizinische Hilfe braucht?

Ich weiß, dass manche von Ihnen das polemisch finden. Aber auch Sie können nicht vor der Realität in der Gesundheitspolitik die Augen verschließen.

Sind in den MKK denn alle Stellen besetzt? Als Kreistag erfahren wir das nicht. Vermutlich ist es nicht so angesichts eines Abbaus von 500 Stellen in den MKK in den letzten 10 Jahren.

Herr Klanke hat den Koalitionsvertrag und die Bundespolitik erwähnt. Deswegen mache ich es hier deutlich.

In Deutschland fehlen 70 000 Stellen in der Pflege.

Allein in NRW sind im Bereich Pflege in den Krankenhäusern 10% der Stellen abgebaut worden. Die Zahl der Patienten stieg um 20% deutlich an. In Deutschland betreut eine Pflegekraft im Schnitt 21 Patienten, in Dänemark 10, in

Norwegen 9 und in den USA (nicht gerade vorbildlich im Gesundheitswesen) 8. Die Einsparungen in der Pflege haben laut Experten dramatische Folgen. Eine Studie zeigt: mehr als die Hälfte der Befragten konnte Fehler bei der Medikation und Mängel bei der Hygiene nicht ausschließen.

Vor Ort hier haben Sie die Möglichkeit und die Verantwortung –als Verwaltungsratsmitglieder, aber auch als Kommunalpolitiker- sich für die Mühlenkreiskliniken mit ihren Patientinnen und Beschäftigten einzusetzen. Für die Kreisverwaltung tun Sie dieses ja auch.

Personaleinsparungen sind auch in den Städten und Gemeinden des Kreises das Mittel der Wahl zur Haushaltssicherung, zu der sie gezwungen sind. Auf diese Weise wird die kommunale Selbstverwaltung vor Ort ausgeschaltet. Selbst drastisches Sparen vermag an den Grundproblemen nichts zu ändern, zerstört aber gleichzeitig die sozialen Strukturen der Kommunen.

Ich habe anfangs darauf hingewiesen, dass ohne eine bedarfsgerechte Finanzierung die gestiegenen Ausgaben und Aufgaben gerade im Sozialbereich nicht abgedeckt werden können.

In den Haushaltsberatungen der Ausschüsse haben sich bei uns noch Veränderungen ergeben, die positive Auswirkungen auf die Haushaltssituation haben. Den Stellenplan haben wir abgelehnt. Aufgrund der Mehrheiten hier wurde er genehmigt.

Dennoch und mit Blick auf die Kommunen und ihre Konsolidierungsbemühungen aber bei gleichzeitiger Verantwortung für den Kreishaushalt stimmt die Linke bei einer Senkung der Kreisumlage auf 38,8 % hiermit dem Haushalt zu.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes – vor allem gesundes neues Jahr.